

**PRESSEMITTEILUNG****Pressesprecher****Dirk Hundertmark**

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Energiepolitik

**Manfred Ritzek: Schleswig-Holstein-Politik für Erneuerbare Energien durch Berlin gestärkt**

Die ambitionierten Ziele von Wirtschaftsminister Dietrich Austermann, den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergiemix deutlich zu erhöhen, wird auch durch den Berliner Koalitionsvertrag voll gestützt, so der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Manfred Ritzek.

Biokraftstoffe, Solarenergie, geothermische Energie, aber besonders der Ausbau der Windkraftenergie sind Grundlagen des ambitionierten Ziels, bis zum Jahre 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 10 % zu steigern. So steht es auch im Berliner Koalitionsvertrag. Eine wichtige Rolle werden dabei die Erneuerung alter Windkraftanlagen auf dem Land und der Start mit dem Bau von Windkraftanlagen auf See spielen. Die notwendigen Rahmenrichtlinien, die mögliche Hindernisse zum Start der Offshore-Aktivitäten beseitigen können, sollten umgehend gemeinsam durch Politik und Wirtschaft erstellt werden. Auch die Reform bei Biokraftstoffen werde von der CDU-Landtagsfraktion sorgfältig begleitet werden.

Schleswig-Holstein muss ein führendes Land in der Technik der Windkraftanlagen für den Offshore-Bereich werden, mit allen Chancen für den eigenen Arbeitsmarkt und für unseren Exportmarkt, so Ritzek. Aber insbesondere kann sich die Schleswig-Holsteinische Windkraftindustrie – gemeinsam mit unseren Hochschulen - auch auf die Weiterentwicklung von Speicherkapazität für Windkraftstrom konzentrieren und auf die Systementwicklung von Reparatur- und Wartungsmodulen, die ebenfalls als Export-Service-Systeme Weltgeltung erreichen können.

Dennoch dürfe nicht vergessen werden, dass die Windkraft keine Grundlastfähigkeit in der Stromversorgung hat, dass also neue Kraftwerke auf Kohle- oder Erdgasbasis dringend erforderlich sind. Auch wenn ein „Koalitions-Stillstand“ sowohl auf Landes- wie auf Bundesebene bei der Thematik „Kernkraft“ beschlossen wurde, ein Nachdenken über längere Laufzeiten der Kernkraftwerke muss erlaubt sein, so Ritzek abschließend.